

Eigene und fremde Welten
Repräsentationen sozialer Ordnungen im Vergleich

Herausgegeben von Jörg Baberowski, Vincent Houben, Stefan Beck, Thomas Mergel und Gabriele Metzler für den Sonderforschungsbereich 640 »Repräsentationen sozialer Ordnungen im Wandel – Interkulturelle und intertemporale Vergleiche« an der Humboldt-Universität zu Berlin

Band 21

Thomas Mergel ist Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Humboldt-Universität zu Berlin.

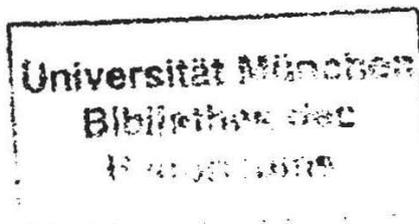
Thomas Mergel (Hg.)

Krisen verstehen

Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen

Campus Verlag
Frankfurt/New York

NW 1500 17519



90-20834

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-39307-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2012 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

Inhalt

Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene.....	9
<i>Thomas Mergel</i>	
Theoretische Zugänge zur Krise	
Einführung.....	25
<i>Andreas Weiß</i>	
Bausteine eines soziologischen Krisenverständnisses: Rückblick und Neubetrachtung	29
<i>Raimund Hasse</i>	
Der Krisenbegriff der modernen Ökonomie.....	47
<i>Alexander Nützenadel</i>	
Jenseits des Dualismus von Wandel und Persistenz? Krisenbegriffe der Sozial- und Kulturanthropologie.....	59
<i>Stefan Beck und Michi Knecht</i>	
Krisengesellschaften?	
Einführung.....	79
<i>Tsypylma Darieva</i>	
»Only Bad News from Radio Africa«: Das nachkoloniale Afrika als Kontinent in der Dauerkrise.....	83
<i>Andreas Eckert</i>	

Krise, Katastrophe und soziale Ordnung: Der Bürgerkrieg in Afghanistan.....	99
<i>Conrad Schetter</i>	
Die Krise als Topos im modernen China	117
<i>Dominic Sachsenmaier</i>	
Europa in der Krise: Zivilisationskrise – Integrationskrise – Krisenmanagement.....	131
<i>Hartmut Kaelble</i>	
Gesellschaften ohne Krisen?	
Einführung.....	147
<i>Daniel Hedinger</i>	
Wenn man das Ende schon kennt: Das Mittelalter – krisenfeste Geschichte?.....	151
<i>Jan Rüdiger</i>	
Gesellschaften ohne Krise? Der Staatssozialismus	165
<i>Christoph Boyer</i>	
Kritik als Krise oder warum die Sowjetunion trotzdem unterging.....	177
<i>Jörg Baberowski</i>	
Krise der »natürlichen« Ordnungen: Körper und Geschlecht	
Einführung.....	199
<i>Annelie Ramsbrock</i>	
»A man is not a man without work«: Von Wirtschaftskrisen und arbeitslosen Familienvätern in den 1930er Jahren.....	203
<i>Jürgen Martschukat</i>	

Ende der Geburt? Die Technisierung der Fortpflanzung zwischen Krise und Naturalisierung	217
<i>Barbara Orland</i>	
Die Sprache der Krise – Die Krise der Sprache	
Einführung.....	237
<i>Lena Gautam</i>	
Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen.....	241
<i>Heidrun Kämper</i>	
Kritik und Krise: Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren	257
<i>Martin H. Geyer</i>	
Wortwelten und Sprachspiegelungen: Ein Vergleich der öffentlichen Diskurse zur Asienkrise 1997–98 und zur heutigen Weltwirtschaftskrise	275
<i>Vincent Houben</i>	
Epistemische Krisen	
Einführung.....	293
<i>Christiane Reinecke</i>	
Die 1968er Bewegung und das Paradigma der Selbstorganisation.....	297
<i>Wolfgang Krohn</i>	
<i>L'état de crise:</i> Normenbegründung in der Moderne – eine Skizze.....	315
<i>Thomas Gutmann</i>	

Ausblick	
Kassandras Melancholie und die Konstruktion von Gemeinschaftlichkeit.....	331
<i>Bernhard Giesen</i>	
Autorinnen und Autoren.....	349

Kritik und Krise: Politische Sprachkritik und Krisendiskurse in den 1970er Jahren

Martin H. Geyer

1. Krise – welche Krise?

Im Vergleich zur Aufbruchstimmung und zum Zukunftsoptimismus der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland sind die 1970er Jahre geprägt von einer Vielzahl neuer Krisendiskurse. Sie geben dieser Dekade eine eigene Signatur, und es ist eine Frage der historischen Debatte, wie sehr selbst unsere Gegenwart in vielfältiger Weise noch in Grundkonstellationen wurzelt, welche in dieser Zeit entstanden. Zwei Ölpreiskrisen 1973 und 1979 und die darauf folgenden scharfen Wirtschaftsrezessionen waren begleitet von Diskussionen über die »Legitimationskrisen« des in die Kritik geratenen Sozial- und Fiskalstaates; hinzu kamen Debatten über ökologische Krisen, dann Krisen der Friedens- und Entspannungspolitik. Daneben gab es eine anhaltende, wenn auch von der Historiographie weniger beachtete Diskussion über eine Krise der Sprache, genauer gesagt des Sprachgebrauchs. Auf den ersten Blick war nichts davon neu. Die Vorbehalte gegen das durch die Konsumwerbung geförderte Eindringen von Anglizismen in die deutsche Sprache konnten in Deutschland auf eine lange Tradition zurückblicken. Befremdlicher für viele Beobachter war dagegen die Herausbildung neuer Umgangssprachen und -sprachformen im Umfeld der neuen politischen Linken und der neuen sozialen Bewegungen: die verbreitete *dirty speech* auch der akademischen Jugend, die »kaputten Sprachen« im Umfeld der »Spontis« mit ihren Appellen an anarchische Gewalt, dann aber vor allem das Eindringen nicht nur des theoretischen marxistischen und kritischen Jargons der politischen Linken seit den Jahren der Studentenrevolte des Jahres 1968, sondern auch die politische Programm-Sprache der sozialliberalen Koalition. Konservative Beobachter sahen mit Sorge, wie sich diese Sprache nicht nur an den Universitä-

ten sowie den Rundfunk- und Fernsehanstalten, sondern auch in den Gewerkschaften, in den Laienorganisationen der Kirchen, ja selbst in so wenig politisch profilierten Organisationen wie dem Deutschen Alpenverein breit machte. »Reform«, »Emanzipation«, »Mehr Demokratie wagen« oder »Entspannung« zählten zu den Schlüsselwörtern der Wahlkampfsprache wie der politischen Programmatik der sozialliberalen Koalition, die, so hatte es den Anschein, die Sprache des Zeitgeistes sprach oder sie sogar beflügelte.

Fand hier eine stille Revolution statt, eine Revolution durch die Sprache? Wie das folgende Zitat illustriert, mangelte es nicht an zeitgenössischen Dramatisierungen:

Was sich heute in unserem Land vollzieht, ist eine Revolution neuer Art. Es ist die Revolution der Gesellschaft durch die Sprache. [...] Statt der Gebäude der Regierung werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regiert, die Begriffe, mit denen wir unsere staatliche Ordnung, unsere Rechte und Pflichten und unsere Institutionen beschreiben. [...] Wir erleben heute eine Revolution, die sich nicht der Besetzung der Produktionsmittel bedient. Sie besetzt Begriffe und damit die Information der freien Gesellschaft [...].¹

Die Begrifflichkeit erinnert auf den ersten Blick an den deutsch-amerikanischen Philosophen Herbert Marcuse, vielleicht auch an den italienischen Marxisten Antonio Gramsci, aber die Sätze fielen dort, wo man sie wohl am wenigsten erwartet: auf dem Parteitag der Christlich-Demokratischen Union (CDU) am Ende des Jahres 1973. Sprecher war der Jurist Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, ein vormaliger Manager des Henkel-Konzerns und Rektor der Universität Bochum, der kurz zuvor vom neuen Parteivorsitzenden und Oppositionsführer Helmut Kohl zum Generalsekretär der CDU ernannt worden war.

Es blieb nicht bei diesem Redefragment. Biedenkopfs kryptische Sätze auf dem Parteitag bildeten den zentralen Textbaustein eines dann erstmals im Jahr 1975 unter seinem Namen veröffentlichten, kohärenten Essays mit dem Titel »Politik und Sprache«.² Wie zu zeigen sein wird, flossen in

1 *Protokolle des 22. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Hamburg, 18.-20. November 1973* (Bonn 1973), S. 61.

2 Kurt H. Biedenkopf, »Politik und Sprache«, in: *Neue Bildungspolitik: Plädoyer für ein realistisches Konzept*, hrsg. von Bernhard Vogel (Berlin: Nicolai, 1975), S. 21–32 (die folgenden Zitate beziehen sich auf diesen Beitrag). Vgl. auch Martin H. Geyer, »War over Words. The Search for a Public Language in West-Germany«, in: *Political Language*

diesen Essay die Beiträge verschiedener Autoren ein, die das Thema der politischen Sprache der Linken sowie die »Wiedergewinnung der Sprachherrschaft« durch die CDU auf die Tagesordnung gesetzt hatten. Diese Sprachkritik war ein wichtiger Teil der vieldiskutierten »Tendenzwende« – selbst ein Neologismus im Kontext des Kampfes um Begriffe und deren Deutungen, den zur selben Zeit der CDU nahestehende Akademiker und Intellektuelle geprägt hatten und der von den Medien, aber auch von eher linken Kritikern schnell aufgegriffen worden war. War der Moment für eine grundsätzliche Neuorientierung der bundesdeutschen Politik und Kultur in Richtung konservativer Ideen gekommen? Die von Biedenkopf beschworene »Revolution der Gesellschaft durch die Sprache« der Linken brachte die defensive Position und ein latentes Krisenbewusstsein vieler Konservativer – aber auch vieler Liberaler und Sozialdemokraten – auf den Punkt. Das Nahziel war die Wiedergewinnung der sprachlichen Meinungsführerschaft, auch im Sinne einer »geistig-moralischen Wende«, von der dann der Parteivorsitzende Helmut Kohl sprach.

Die sprachwissenschaftliche Forschung hat sich frühzeitig und mit einiger Faszination mit den Äußerungen Biedenkopfs auseinandergesetzt. Die Frage, ob »Begriffe besetzt« werden können, hat in den letzten 30 Jahren so manches sprachwissenschaftliche Seminar inspiriert, grundsätzliche Aspekte der politischen Sprachkritik in der Nachkriegszeit berührt sowie Fragen der Diskursethik aufgeworfen. Die folgenden Ausführungen greifen einige Ergebnisse dieser sprachwissenschaftlichen Forschung auf, ohne dass hier die unterschiedlichen, eher theoretischen Annahmen genauer verfolgt werden, die den jeweiligen Vorstellungen über das Besetzen von Begriffen zugrunde liegen. Im Mittelpunkt steht vielmehr das Verhältnis von Kritik und Krisendiskursen im Umfeld des politischen Konservatismus in den 1970er Jahren. Dass Kritik und Krise eng miteinander verwoben sind und in einem symbiotischen Verhältnis zueinander stehen, ist im Anschluss an Reinhart Koselleck oft betont worden.³ Kritik ohne *reale* Krise ist zwar denkbar – man denke an den Vorwurf, eine Krise werde »herbeigeredet« oder »inszeniert« –, aber es spricht einiges dafür,

ges in the Age of Extremes, hrsg. von Willibald Steinmetz (Oxford: Oxford University Press, 2011), S. 293–330.

³ Reinhart Koselleck, *Kritik und Krise. Ein Beitrag zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (1959) (Frankfurt am Main: Suhrkamp, ²1969).

dass Kritik das Bewusstsein der Krise voraussetzt oder den kritisierten Gegenstand oder Sachverhalt, eben die Krise, in einer spezifischen Weise hervorbringt. Umgekehrt sind Krisendiskurse ohne Kritik kaum vorstellbar. All das gilt auch für die (politische) Sprachkritik. Wie in diesem Beitrag gezeigt wird, formierten sich im Umfeld der konservativen politischen Sprachkritik der 1970er Jahre umfassendere Krisendiskurse, die mit nachhaltiger Wirkung auf andere Diskurse in Politik und Gesellschaft sowie die politische Kultur der »alten« Bundesrepublik ausstrahlten. Im Gegensatz zu den apokalyptischen Krisenszenarien der neuen sozialen Bewegungen, die vielfach für den pessimistischen und dystopischen Grundton der Bundesrepublik seit den 1970er Jahren verantwortlich gemacht werden, haben diese Krisendiskurse im Umfeld des Konservatismus und eines durch die radikale Studentenbewegung eingesäuerten politischen Liberalismus vergleichsweise wenig Beachtung gefunden. Frank Bösch ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Sehr eindringlich hat er nicht nur darauf hingewiesen, wie sehr die defensive Situation der Partei und vieler Intellektueller zu Beginn der Dekade die Kritik beflügelte und den in der zweiten Hälfte der 1970er Jahren aufbrechenden Krisen vorausging, sondern auch welche große Chance sich angesichts der Krisen und Krisen-Debatten für die Profilierung der Partei bot.⁴

2. Die Suche nach einer neuen politischen Sprache

Die *prise de parole* eines neuen Generalsekretärs auf einem Parteitag überrascht nicht, wohl aber die Heraufbeschwörung einer »Revolution«, zumal in einem eher akademisch-theoretisierenden Sprachstil, der zumindest auf einem CDU-Parteitag fehl am Platz zu sein scheint. Immerhin, die Textpassage fand Beachtung. Während sich einige Kommentatoren eher amüsierten oder den Kopf schüttelten, sahen sich andere bestätigt. Denn mit diesen Sätzen bewegte sich Biedenkopf plötzlich nicht mehr nur in den Niederungen der Parteipolitik. Es ging vielmehr um Grundsätzliches, um

⁴ Frank Bösch, »Krise als Chance: Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren«, in: *Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, hrsg. von Konrad H. Jarausch (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008).

neue intellektuelle Perspektiven und um eine neue Grundlegung des politischen Handelns.

Seine Partei befand sich in einer schwierigen Situation. Bei der Bundestagswahl im Jahr 1972 hatte sie wider Erwarten herbe Verluste unter traditionellen katholischen Stammwählern hinnehmen müssen; die Versuche, die Deutschland- und Ostpolitik zu kippen, waren ebenso gescheitert wie das Misstrauensvotum gegen Kanzler Brandt im Bundestag. Hinzu kamen Streitigkeiten mit der bayerischen CSU, deren Parteivorsitzender Franz Josef Strauß mit dem Verlassen der Fraktionsgemeinschaft drohte. Eine programmatische Neuorientierung der Partei stand auf der Tagesordnung.

Wie konnte die Partei der Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit ihre Ziele vermitteln? Wie konnte die Partei ein neues Profil gewinnen? Im Mittelpunkt seiner Rede auf dem Parteitag standen solche Fragen. Themen, wie die von ihm selber prominent vertretene betriebliche Mitbestimmung, aber auch die Felder der Sozial- und Reformpolitik rückte er ganz in den Vordergrund. Wie Biedenkopf und viele seiner Mitstreiter in späteren Ausführungen unterstrichen, hatte die sozialliberale Koalition, vor allem aber die SPD, erfolgreich mit Begriffen wie »innere Reformen«, »Entspannungs- und Friedenspolitik«, »Humanisierung der Arbeit«, »Mehr Demokratie wagen«, »soziale Gerechtigkeit« oder »Emanzipation« geworben. Dahinter verbarg sich ein Programm der »Fundamentalliberalisierung«, von der später Jürgen Habermas in einer ganz ähnlichen Diktion sprechen sollte.⁵ Vor dem Hintergrund solcher Diagnosen ließ Biedenkopf keinen Zweifel daran, dass der politische Erfolg der Partei davon abhing, ob sie in der Lage sein würde, »eine Sprache zu finden und zu praktizieren, die unsere Sprache ist«, und das umso mehr, als die »Revolution« auch die Medien besetzt habe, »die Stätten also, in denen das wichtigste Produkt einer Freiheit hergestellt wird.«⁶

Die Suche nach einer neuen politischen Sprache – in Form eines seit längerem diskutierten neuen Parteiprogramms ebenso wie neuer Formen

5 Jürgen Habermas, »Der Marsch durch die Institutionen hat auch die CDU erreicht«, *Frankfurter Rundschau*, 11. März 1988, zitiert nach Ulrich Herbert, »Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze«, in: *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung*, hrsg. von Ulrich Herbert (Göttingen: Wallstein, 2002), S. 7–49, S. 7–49.

6 *Protokolle des 22. Bundesparteitags der CDU*, a.a.O (Anm. 1), S. 61.

der Ansprache der Parteimitglieder wie der Wähler – verknüpfte Biedenkopf mit dem Postulat einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der sozialliberalen Regierung und der neuen neo-marxistischen Linken. Zu verstehen war das als Aufruf zu einer grundsätzlichen Ideologiekritik, die nicht altbacken, sondern auf der Höhe der Zeit sein sollte und so, wie so vieles andere aus dem Munde des noch jungen Professors, in das moderne szientistische Politikverständnis passte. Ein solches wissenschaftliches Ethos vertrat eine Reihe relativ junger Wissenschaftler, deren Rolle und Einfluss in der Partei seit 1973 gestärkt wurde. Anregungen kamen von der Meinungsforschung ebenso wie von der damals aufstrebenden Linguistik. Unter der formellen Leitung des Linguisten Hans Messelken machte sich die sogenannte *Semantikgruppe* Gedanken darüber, wie man die sprachliche Qualität programmatischer Aussagen und die »sprachliche Offensive« der Partei auch mit Blick auf die anstehenden Wahlkämpfe kontrollieren und gezielt lenken könnte; Anregungen, die vielfach disparate politische Sprache zu normieren, spielten mit Blick auf Wahlkämpfe eine wichtige Rolle. Das Redefragment stammte ebenso wie die 1975 vorgelegte Ausarbeitung zweifellos aus der Feder dieser Gruppe.

Biedenkopf und seine Mitarbeiter sprachen aus, was vielen, nicht nur konservativen Beobachtern auf den Nägeln brannte. Seit den späten 1960er Jahren gab es in der Form von Sprachglossen in den Zeitungen eine rege Diskussion über die Sprache der sozialliberalen Koalition wie der neuen kritischen und marxistischen Linken. Am prononciertesten hatte sich bis dahin der Politikwissenschaftler und seit 1970 amtierende bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus Hans Maier geäußert. In einem im Jahr 1972 mehrfach mit großer Resonanz gehaltenen Vortrag zum Thema »Sprache und Politik« kritisierte er die Sprache der Neuen Linken, mit vielen Anspielungen auf die fließenden Übergänge zur Sprache der sozialliberalen Koalition und speziell der SPD, wie das auch in dem Biedenkopfschen Essay und anderen Beiträgen im Umfeld der Semantikgruppe zu beobachten war. Die Sprache der Neuen Linken verhindere, so sein Argument, nicht nur den politischen Dialog, sondern weise auch in ihren Grundzügen die Charakteristika totalitärer Sprachen auf.⁷

7 »Die Sprache der Neuen Linken verhindert den Dialog«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. Juli 1972, vgl. u.a. Hans Maier, *Können Begriffe die Gesellschaft verändern?*

3. Sprachkämpfe und Krisendiagnosen

Hans Maiers und Kurt Biedenkopfs Formulierungen und Ideen waren die Initialzündung einer breiten Debatte über die Sprache der Linken, die, nicht zufällig zur Zeit der Bundestagswahl des Jahres 1976, zwischen 1974 und 1977, ihren Höhepunkt erreichte. Daran beteiligten sich Politiker und Parteistrategen ebenso wie Journalisten und Wissenschaftler in Redebeiträgen, Zeitungen, Zeitschriften und Aufsatzsammlungen mit Titeln wie »Sprache und Herrschaft«, »Rote Semantik« oder »Schlagwörter der Neuen Linken«.⁸ Im Kontext dieser Debatten ist auch ein neues Interesse sowohl speziell am NS-Sprachgebrauch als auch ganz allgemein an totalitären Sprachlenkungen zu beobachten.

Die politische Sprachkritik als eine Form der Ideologiekritik war nicht neu in Deutschland. Bemerkenswert ist aber die Tatsache, dass sie seit den 1970er Jahren nun auch unter dezidiert konservativen Vorzeichen geführt wurde. Wenn man so will, handelt es sich um die erfolgreiche Besetzung eines Themas. Sprachkritik im engeren Sinne – der falsche Gebrauch von Wörtern oder das Eindringen von Fremdwörtern – konnte auf eine lange, schon immer eher konservative Tradition zurückblicken. Daneben waren in der Nachkriegszeit die Relikte und Kontinuitäten einzelner, während der Zeit des Nationalsozialismus gebrauchter und ideologisch infizierter Wörter, Begriffe und Redewendungen im Sprachgebrauch der Bundesrepublik in den Blick gerückt und hatten dieser Diskussion einen dezidiert moralisch-kritischen, vielfach gegen die »konservative Restauration« der Adenauerzeit gewendeten Ton verliehen. Die Reform von Staat und Gesellschaft im Sinne einer fundamentalen Erneuerung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Sprache spielte bei den Vertretern dieser frühen bundesdeutschen Moderne eine wichtige Rolle. Die Verfechter solcher Positionen entstammten einer lockeren, kaum als Koalition zu bezeichnenden Gruppe von liberalen Konservativen bis zu Vertretern der Linken, die in fast allen Bereichen der Politik, der Kultur

⁸ in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*. S. 55–68; Hans Maier, *Sprache und Politik. Essay über aktuelle Tendenzen – Briefdialog mit Heinrich Böll* (Zürich: Edition Interfrom AG, 1977).

⁸ Neben den Arbeiten von Wolfgang Bergsdorf, vgl. von Weiss, »Schlagwörter«; Heinrich Dietz, »Rote Semantik«, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*, S. 20–43.

und der Wissenschaften anzutreffen waren. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre trennten sich die Wege. Der Aktivismus der linken Studentenbewegung und deren spaßige bis todernde »Entlarvung« der »Sprache der Herrschenden«, die neuen marxistischen Diktionen, dann aber auch die aufkeimende Sprache der Gewalt waren Gründe dafür. Wichtiger vielleicht noch: Plötzlich ging es der linken Sprachkritik nicht mehr allein um die NS-Konnotation spezieller Begriffe, sondern sehr konkret um die Sprechenden und ihre braunen Biographien.

Die kritische und neo-marxistische Studentenbewegung sowie die erste sozialliberale Regierung waren fortan die entscheidenden, vielfach miteinander vermischten Referenzpunkte der neuen konservativen Sprachkritik. Ausgangspunkt war der von Biedenkopf diagnostizierte Sprachverlust infolge der »Besetzung von Begriffen«; andere sprachen plakativer von »Sprachraub« und »Wortdiebstahl«, und zwar nicht nur in der Form, dass die Verwendung der »Analsprache« durch die jungen Akademiker den »einfachen Mann« seiner Sprache beraubte, wie Helmut Schelsky meinte, sondern auch dadurch, dass selbst Konservative das Wort »konservativ« kaum noch im Munde zu führen wagten. Der letzte Satz in der zitierten Rede Biedenkopfs ist mit ziemlicher Sicherheit von Helmut Schelsky übernommen worden, der nicht erst 1975 in seinem vielgelesenen Buch *Die Arbeit tun die anderen*, die »Priesterherrschaft« der linken Intellektuellen anprangerte: »Das entscheidende Produktionsmittel dieser Klasse der Sinnproduzenten aber ist die Sprache; ihre Monopolisierung verbürgt die Klassenherrschaft.«⁹

Dem vermeintlichen Sprachverlust in der Gegenwart, hinter dem sich gleichermaßen Kritik wie eine fundamentale Krisendiagnose verbarg, wurde der »Sprachkonsens« und in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die sprachliche Definitionsmacht der CDU in der Nachkriegszeit gegenübergestellt. Angelpunkt dieser Sprachgeschichte der Bundesrepublik war die Behauptung, dass in der BRD die totalitäre Sprache erfolgreich durch eine demokratische ersetzt worden sei. Auch der Rückgang des Gebrauchs von

9 Helmut Schelsky, *Die Arbeit tun die anderen: Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975), S. 233–255, 233, 248; Mit dem Vorwurf des *Sprachraubs* hatten sich regelmäßig die Sprachkritiker konfrontiert gesehen, die den Gebrauch von Wörtern zu reglementieren versuchten. Die deutsche Debatte über *political correctness* schließt in den 1980er Jahre daran an, bezeichnenderweise mit einem Fokus auf die Vergangenheitspolitik.

regionalen Dialekten und Soziolekten zugunsten des Hochdeutschen wurde als Zeichen für die Entwicklung hin zu einer egalitäreren Gesellschaft interpretiert. Die alte, in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch präsente Sprache der Klassengesellschaft und des Klassenkampfes wurde demnach nicht nur in eine neue Sprache der industriellen Sozialpartnerschaft und der sozialen Marktwirtschaft umgewandelt, sondern während der Ära Adenauer auch von den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften übernommen. Schelsky sprach von einer politischen »Schicksalsgemeinschaft«, die nicht zuletzt in gemeinsamen Lebenserfahrungen und ihrer sprachlichen Benennung bestand.¹⁰

Kennzeichnend für die meisten Autoren ist eine ausgesprochen statische und nominalistische Auffassung der Sprache, was wohl auch auf die juristische bzw. staatsrechtliche Ausbildung Maiers und Biedenkopfs zurückgeführt werden kann. *Nominalia sunt realia*: zwischen Begriffen und den sie bezeichnenden Phänomenen gibt es nicht nur eine klare Beziehung, sondern diese Begriffe – Verfassung, Demokratie, Sozialstaat, Rechtsordnung etc. – sind zugleich eindeutig an die politische und soziale Ordnung der Verfassung, an Normen und Gesetze gebunden und somit klar definiert. Zugespitzt und etwas krude hört sich das folgendermaßen an: »Worte sind dazu da, Dinge zu bezeichnen. Sie sollen sagen, was ist; und sofern ihnen das gelingt, sagen sie die Wahrheit.«¹¹ Adenauer, so Biedenkopf, sprach diese authentische Sprache; sie bedurfte nicht der Übersetzung durch die »Verwalter der politischen Sprache« wie das, so die Implikation, bei Willy Brandt der Fall war.¹²

Die Sprachrevolution der zweiten Hälfte der 1960er Jahre führte dementsprechend nicht nur zu einer Ideologisierung der politischen Sprache, sondern auch zum Ausschluss vom öffentlichen Diskurs: Die SPD habe versucht, »systematisch Sprachbarrieren gegen die Kommunikation der CDU mit der Bevölkerung zu errichten«. Indem die SPD positiv besetzte politische Schlüsselwörter für sich usurpiere, lasse sie den politischen Gegner nicht nur als bar jeder Konzeption erscheinen, sondern mache ihn im wahrsten Sinne des Wortes sprachlos, da er ohne ständige Über-

10 Schelsky, *Die Arbeit*, a. a. O. (Anm. 9), S. 237.

11 Helmut Kuhn, »Despotie der Wörter. Wie man mit der Sprache die Freiheit überwältigen kann«, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*, S. 11–17, hier S. 11.

12 *Protokolle des 22. Bundesparteitags der CDU*, a. a. O. (Anm. 1), S. 62.

nahme auch der geistigen Konzeption des politischen Gegners nicht mehr in der Lage sei, sich auszudrücken. Die CDU werde daher als mögliche politische Alternative gar nicht mehr wahrgenommen, heißt es bei Biedenkopf. Amüsant ist in diesem Zusammenhang, dass Biedenkopf, ganz in der Diktion der sozialliberalen Reformpolitik, den »Abbau von Sprachbarrieren« (welche im Kontext des Reformdiskurses die soziale Mobilität der Unterschichten im Bildungssystem behinderten) und zugleich sprachliche »Chancengleichheit« (im Gegensatz zu »Chancengerechtigkeit«, so der später von der CDU propagierte Begriff) forderte.¹³

Die pragmatische Auseinandersetzung mit der SPD war eine Sache; die Zuspitzung eines in der Gegenwart ausgetragenen, prinzipiellen Ideologiekonflikts eine andere. Die Übergänge waren fließend, und in der polemischen Gleichsetzung von Sozialdemokratie und marxistischer Linken sowie der Evozierung einer »Revolution« lagen zugleich die Pointen des Arguments. Damit wurde auch der Vorwurf der Nähe vieler früherer NS-Parteigenossen zur CDU/CSU mit gleicher Münze zurückbezahlt. Hier wie dort wurde eine grundsätzliche politische und ideologische Systemkrise evoziert: Der »Systemveränderung« voraus ging die »Sprachbeherrschung«,¹⁴ denn wer die Sprache beherrscht, beherrscht auch die Menschen, so der zentrale Topos, der bei Schelsky breit ausgeführt ist. In dieser Dramatik formuliert waren Sprachfragen nichts anderes als fundamentale Machtfragen. Unter Rückgriff auf Carl Schmitt hieß es daher bei Schelsky: »Souverän ist, wer den Sachverhalt definiert.«¹⁵ Solche Fragen nach der politischen wie sprachlichen Herrschaft oder der politischen wie kulturellen Hegemonie speisten sich aus verschiedenen Quellen, darunter nicht zuletzt die ideologischen Begriffskämpfe der Zwischenkriegszeit zwischen Vertretern der »Konservativen Revolution« einerseits und Vertretern der Linken wie dem deutsch-amerikanischen Philosophen und kalifornischen »Reimport« Herbert Marcuse auf der anderen Seite.

13 Biedenkopf, »Politik und Sprache«, a. a. O. (Anm. 2), S. 28; Bernhard Badura, *Sprachbarrieren. Zur Soziologie der Kommunikation* (Stuttgart-Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog, 21973).

14 Henning Jäde, »Die Schule der Sprachlosigkeit. Zu den hessischen Rahmenrichtlinien Deutsch«, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*, S. 69–86, hier S. 70.

15 Helmut Schelsky, »Macht durch Sprache«, in: Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft*, S. 176–78, hier S. 176.

Der Kampf um die Sprache rückte die Machtfrage in allen Bereichen ganz in den Vordergrund: Die schul- und universitätspolitischen Auseinandersetzungen hatten in der konservativen Sprachkritik eine Katalysatorfunktion und waren das Thema vieler Beiträge, bis hin zur Kritik des »Friedeburgsch« der Schulreformer – gemeint ist der hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg – als der Sprache der »neuen Klasse«. ¹⁶ Die moderne Revolution finde aber vor allem in den Medien statt, hieß es 1975 in dem Biedenkopfschen Aufsatz, ähnlich wie schon vorher auf der Parteitagsrede. Eine Flut von Beiträgen beschäftigte sich mit diesem Thema. Wichtige Stichwortgeber waren unter vielen anderen Elisabeth Noelle-Neumann, die einflussreiche Direktorin des Allensbacher Instituts für Meinungsforschung, mit ihrer These einer »Schweigespirale«, Klaus-Gerd Kaltenbrunner, der unentwegt die »Macht der Meinungsmacher« im Fadenkreuz seiner Polemik hatte, und Karl Steinbuch, ein bekannter Experte für Kybernetik und Computerwissenschaften, der sich mit einigem Einfluss zu den cleveren Techniken der »gewaltlosen Revolution« in und durch die Medien ausließ. ¹⁷

4. Begriffsbesetzungen

Diese sprachkritischen Betrachtungen evozierten in der Gesellschaft einen latenten bis offenen Krisenzustand. Die stille Revolution der Sprache destabilisierte demnach nicht nur die Begriffe selbst, indem sie diese gewissermaßen aus ihren tradierten Verankerungen und normativen Bindungen, wie zum Beispiel der Verfassung, riss. Mindestens genauso bedeutsam war, so die zentrale Annahme, die damit verbundene Destabilisierung der

¹⁶ Wolfgang Bergsdorf, *Einführung*, in: *Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik*, hrsg. von Wolfgang Bergsdorf (Stuttgart: Bonn aktuell, 1979), S. 7–14, S. 10.

¹⁷ Elisabeth Noelle-Neumann, »Die Schweigespirale. Über die Entstehung der öffentlichen Meinung«, in: *Standorte im Zeitstrom. Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974*, hrsg. von Ernst Forsthoff & Reinhard Hörstel (Frankfurt am Main: Athenäum, 1974), S. 299–330 (das viel beachtete Buch mit demselben Titel erschien erst 1980); Klaus-Gerd Kaltenbrunner (Hrsg.), *Die Macht der Meinungsmacher* (München: Herder, 1976); Karl Steinbuch, *Kurskorrektur* (Stuttgart-Degerloch: Seewald, 1973), S. 82; ders., *Maßlos informiert: Die Enteignung des Denkens* (München: Herbig, 1978).

bezeichneten Realität, der Werte nicht weniger als der sozialen wie der politischen Verfassung. Denn politische Begriffe wie »Demokratie« oder »Freiheit« schienen nun plötzlich nicht mehr die politische Ordnung zu beschreiben. Im Gegenteil, sie unterminierten diese Ordnung, weil mit ihnen die Defizite des Status quo der bestehenden formalen Demokratie und der Freiheit angeklagt werden konnten. Aus Ordnungsbegriffen wurden »Verheißungen«, mit denen die so gemessene, zwangsläufig defizitäre Gegenwart kritisiert wurde, so die treffende Beobachtung Maiers. Als Kenner politischer Religionen sprach Hans Meier mit Blick auf die marxistische Linke von der »puristischen Überforderung von Begriffsinhalten«, und zwar »mit dem Ziel desillusionierender Zerstörung des Bezeichneten«. Mit Blick auf die Allgegenwart und Aufwertung des Begriffs »Gesellschaft« gegenüber »Staat« und »Individuum« sprach er allgemeiner vom »Siegeszug des total gewordenen Gesellschaftsbegriffs«, dem nicht nur er nachgerade totalitäre Qualitäten beimaß.¹⁸ »Ist das Reich der Vorstellung erst revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht stand«: Begriffe, welche bisher der Beschreibung einer eindeutigen gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit gedient hätten, würden »umfunktioniert«, um die Notwendigkeit zur Veränderung der Gegenwart einzuklagen und somit die Realität zu denunzieren – so die in dieselbe Richtung zielende Konklusion Biedenkopfs.¹⁹

Solche apodiktischen Formulierungen mit ihren expliziten oder impliziten Vergleichen zu totalitären Sprachlenkungen und totalitären Sprachen spielten in konkreten Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle. Auf die Bildungs- und Universitätspolitik wurde schon hingewiesen. Hans Maiers Überlegungen zur Gewaltsprache bezogen sich auf das Thema Terrorismus, das in den Wahlkämpfen 1975/76 breiten Raum einnahm. Dabei ging es nicht nur um die Frage, ob von einer Baader-Meinhof-»Bande« oder -»Gruppe« gesprochen werden sollte, sondern auch darum, ob das Phänomen der neuen politischen Gewalt in einer entgrenzten Sprache wurzelte.

Der Kampf um *Schlüsselbegriffe* spielte aber auch eine prominente Rolle in den jeweiligen Grundsatz- und Programmdebatten, die 1975 in den »Orientierungsrahmen '85« der SPD und 1977 in das »Grundsatzpro-

18 Maier, *Sprache und Politik*, a. a. O. (Anm. 7), S. 15, 13.

19 Biedenkopf, »Politik und Sprache«, a. a. O. (Anm. 2), S. 23.

gramm« der CDU mündeten. Mit dem Thema der »Neuen Sozialen Frage« sollte das soziale Profil der CDU gestärkt werden, und im Vorfeld der Bundestagswahl lancierte die Partei eine »Grundwertedebatte«. Die Programmdebatten in allen Parteien illustrieren, wie sehr sich seit der Adenauerzeit die Grundbegriffe, nicht nur die der politischen Sprache, verändert hatten. Die interessante Frage lautete, wie und bis zu welchem Grad die politische Programmsprache dem Erfahrungswandel angepasst werden sollte. Ausdruck dafür ist auch der leicht vordergründige Vorwurf, die Gegenseite betreibe die »Ideologisierung« der politischen Begriffe. Dabei waren, zumal bei der SPD, die innerparteilichen Differenzen vielfach mindestens genauso groß wie die zwischen den Parteien.

Vor dem Hintergrund der 1973 ausgerufenen Begriffsbesetzungsoffensive ist es nicht ganz verwunderlich, dass sich die CDU die vom politischen Gegner auf dem Mannheimer Parteitag 1975 neu bekräftigten und neu bewerteten »sozialistischen Grundwerte«, namentlich »Freiheit«, »Gerechtigkeit« und »Solidarität«, in einem langwierigen Diskussionsprozess aneignete und dabei zugleich auf die fundamentale Differenz der eigenen Ziele zu denen der SPD verwies: Im Verständnis der SPD führe Solidarität nicht wie in der eigenen Partei zu »Gemeinschaft« und »Gemeinwohl«, sondern in die »sozialistische Utopie«; Freiheit nicht in den »freiheitlichen Rechtsstaat«, sondern in den »totalitären Staat« sowjetischer Provenienz; Gleichheit nicht zu »Pluralismus«, sondern zu »sozialistischer Gleichmacherei«.

Solche Begriffsdiskussionen mündeten in die Polemik im Vorfeld des Wahlkampfes des Jahres 1976, als der umstrittene Slogan »Freiheit oder/ statt Sozialismus« den Begriffskampf extrem zuspitzte, indem er nun auch keine Zwischentöne mehr zuließ. Die Strategie lief auf politische Konfrontation und Konflikteskalation hinaus, die große Beachtung fand. Dabei ist es nicht ohne eine gewisse Ironie, dass diese extreme Polarisierung im Sinne eines Freund-Feind-Denkens offenbar zunächst nicht nach dem Geschmack von Kurt Biedenkopf oder auch Helmut Schelsky war, welche die Auseinandersetzung eher anhand von Sachthemen suchen wollten.

Zugleich lancierte der Wahlkampf 1975/76 Themen, die seit der Ölpreiskrise verhandelt wurden, nun aber plötzlich ganz prominent in den Vordergrund rückten. Die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1975, die schwerste in Deutschland seit dem Krieg, bildete in dieser Hinsicht einen

markanten Einschnitt. Nicht nur, dass wirtschaftliche Verteilungskämpfe plötzlich schärfer wurden und mit dem scheinbar überwundenen Problem der Arbeitslosigkeit eine neue Qualität gewannen: Allenthalben sah man sich mit »Lücken« konfrontiert: Hatte die Ölpreiskrise recht drastisch die Folgen der intern schon länger diskutierten Lücken der Energieversorgung aufgeworfen, so rückten im Gefolge der Rezession nicht nur die »Beschäftigungslücken« in den Vordergrund, sondern auch Lücken in den Sozialversicherungshaushalten, also Finanzierungslücken in den öffentlichen Rentenversicherungen als Konsequenz der »Kostenexplosion« im Gesundheitswesen und in der Krankenversicherung; sie blieben aufgrund der andauernden wirtschaftlichen Wachstumsschwäche infolge der so genannten »Wachstumslücken« seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auf der politischen Tagesordnung. Schufen diese Lücken »Anspruchs- und Vertrauenskrisen«? War die Sozialpolitik der sozialliberalen Regierung nicht auch verantwortlich für die sich seit 1973 deutlich abzeichnenden »Geburtenlücken«, wie Kritiker der Sozialpolitik argumentierten, auch indem sie erstmals im Kontext der auf dem Mannheimer Parteitag der CDU thematisierten »Neuen Sozialen Frage« auf die Lücken des bestehenden Systems sozialer Sicherung vor allem im Bereich der unzulänglichen Familienpolitik hinwiesen? Ganz anderer Art waren die von anderen Gruppen thematisierten Lücken im Bereich der atomaren Sicherheit und anderer industrieller Sicherheitsstandards mit ihren Risiken für die Umwelt.

Im Kontext solcher Debatten über Lücken nisteten sich die neuen Krisendiskurse der 1970er Jahre ein – sehr nachhaltig, wie rückblickend zu sehen ist: die Krise des Wohlfahrtsstaates, die Krise des Keynesianismus, die Krise der Arbeitsgesellschaft ebenso wie die Staats- oder die Legitimationskrise oder eben die verschiedenen möglichen Umweltkrisen infolge der Atomkraft. Die Dramatisierung dieser »Lücken« war politisch polyphon und keineswegs nur auf oppositionelle Parteien und Gruppen beschränkt. In der sozialliberalen Regierung war es nicht zuletzt der Bundeskanzler selbst, der sich bei der Benennung der verschiedenen Lücken – darunter 1977 die »Raketenlücke« – hervortat und sich dabei, wie einer der Vordenker des Sprachkampfes, Gerhard Mahler, konstatierte, zugleich als technokratisch effizienter Bewältiger der Krise zu profilieren versuchte.²⁰

²⁰ Gerhard Mahler, »Die Sprache des Bundeskanzlers«, in: *Sonde* 9 (1976), S. 72–76.

Worin bestand der Zusammenhang zwischen diesen sich formierenden Krisendiskursen und den zur gleichen Zeit stattfindenden Debatten über die politische Sprache und die Krise des Sprachgebrauchs? Zunächst einmal ging es auch bei diesen Krisendebatten um alternative Erklärungen und Lösungen, die mit rivalisierenden, politisch stark aufgeladenen Begriffen konnotiert waren. Die Konjunktur, welche die monetaristische Angebotspolitik gegenüber der mit der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Verbindung gebrachten keynesianischen Nachfragepolitik erlebte, ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Die Pointe war in diesem konkreten Fall, dass die keynesianische Wirtschaftspolitik in Verbindung mit einer ausufernden Sozialpolitik gerade jene Krisen – Wachstums-, wie Staats- und Legitimationskrisen – hervorbrachte, die zu beheben sie vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der Zwischenkriegszeit angetreten war. Ohne weiteres ließ sich dieser wirtschaftspolitische Diskurs über Angebotspolitik mit dem politischen Begriffsdiskurs über Freiheit und Solidarität – Reduzierung der Staatstätigkeit, Bevormundung durch Sozialpolitik, Eigeninitiative und Subsidiarität – verknüpfen. Zu den bemerkenswerten »Begriffsbesetzungen« der Zeit zählt, wie der vor 1975 vor allem in der neo-marxistischen Linken heimische Diskurs über die »Staatskrise« sich sowohl in der wissenschaftlichen wie öffentlichen Debatte breit machte. Bis Ende der 1970er Jahre war das Thema »Legitimationskrisen im Spätkapitalismus« nahezu passé. Die modernisierende Reformpolitik, die, so das Argument, ihre eigenen Krisen erzeugte und neuartige Lösungen erforderte, war das neue Thema. Egal, ob dabei der Abbau der Staatsaufgaben, eine Politik der Reformen »zweiter Ordnung« (im Sinne einer »Reform der Reformen«, oder besser: der Nebenfolgen von Reformen) oder eine »reflexive Modernisierung« (Ulrich Beck) angestrebt wurde, der interessante Nebeneffekt war, dass im Kontext dieser Debatten der Begriff »Reform« binnen weniger Jahre gewissermaßen umgepolt und auch politisch neu konnotiert wurde.

Das Thema »Lücken« rückte das Verhältnis von Gegenwart und Zukunft in eine neue Perspektive. Ironie mischte sich mit Sarkasmus und Genugtuung darüber, dass der »Rausch aufgeblähter Erwartung« in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik »zum Rinnsal trister Enttäu-

schung geronnen« sei.²¹ Solche Äußerungen passten zu der Kritik an der »utopischen« und »puristischen Überdehnung« von Begriffen. Die historische Forschung hat dieses Thema breit aufgegriffen und gezeigt, wie Fortschritts- und Machbarkeitsdenken sowie die Modernisierungspolitik in die Krisendebatten der 1970er Jahre mündeten. Das war kein spezifisch deutsches Thema und Problem, aber alles deutet darauf hin, dass sich ganz bestimmte rhetorische Formen des Krisendiskurses herausbildeten.

5. Krise und gesellschaftliche Selbstthematizierungen

Schon 1975 kamen aus der Parteizentrale der CDU die ersten Erfolgsmeldungen hinsichtlich der »Wiedergewinnung der Initiative in der Auseinandersetzung um die zentralen Begriffe«; wichtige Begriffe seien besetzt und neue, für die Beschreibung politischer Ziele wichtige Begriffe hinzugefügt, hieß es aus dem Munde Biedenkopfs. 1977 sah sich Biedenkopf weitgehend am Ziel. Man habe schrittweise »die geistige und politische Führung im Lande zurückgewonnen«.²²

Mit der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms war die 1973 eingeläutete Operation zwar erfolgreich beendet. Aber das Nahziel, nämlich den Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1976, hatte die Partei – wenn auch denkbar knapp – verfehlt. Außerdem blieb schon zeitgenössischen Beobachtern nicht verborgen, dass die mitunter sophistisch anmutenden Auseinandersetzungen über politische Schlüssel- bzw. Grundbegriffe – so anregend diese sowohl innerhalb der CDU als auch zwischen den Parteien geführt wurden – außerhalb der eigenen Parteiklientel auf wenig Verständnis stießen. Das Jahr 1977 markiert in dieser Hinsicht eine Zäsur. Der Höhepunkt der großen politischen Begriffsdebatten war überschritten. Der »Begriffshunger« der politischen Studentenbewegung und allemal deren akademischer Vätergeneration erhielt Konkurrenz durch den

21 Jürgen Heinrichsbauer, »Die Hilfe Gottes«, in: *Der Arbeitgeber* 26–1 (1974), S. 2.

22 Kurt H. Biedenkopf, »Bericht des Generalsekretärs«, in: *Protokolle des 23. Bundesparteitages in Mannheim, 23.-25. Juni 1975* (Bonn 1975), S. 167–179, hier S. 170; Ders., »Bericht des Generalsekretärs«, in: *Protokolle des 25. Bundesparteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Düsseldorf 7.-9. März 1977* (Bonn 1977), S. 47–69, hier S. 57.

»Erfahrungshunger« einer jüngeren Generation.²³ Gegenüber den eher abstrakten Begriffskämpfen mit ihrer Kritik an der politischen Sprache traten nun außerdem die neuen Krisendiskurse, deren semantisches Terrain aber in den davor liegenden Jahren gelegt worden war, in den Vordergrund. Für die CDU waren diese Krisendiskurse die Chance, sich politisch neu zu positionieren.

Der Kampf um Begriffe und die politische Sprache etablierte sich als fester Bestandteil der politischen Kultur der »alten« wie dann der »neuen« Bundesrepublik. Dazu trugen nicht nur die unendlich langwierigen Programm- und Grundwertedebatten von Parteigremien und Grundwertekommissionen bei, die als Versuch verstanden werden können, der Partei wie der Gesellschaft jene verloren geglaubten oder tatsächlich verlorenen Grundlagen zurückzugeben und damit zugleich sichere Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen. Kein Bereich blieb ausgespart. Dies mündete in eine als exzessiv zu bezeichnende Selbstthematisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens und deren Grundlagen. Diese öffentlichen Debatten waren meistens weder »rational« noch »herrschaftsfrei«, wie sich auch in den Gründungen jener »Staatsbürgerlichen Vereinigungen« zeigte, die an dubiosen Finanzplätzen »Kampffonds« sammelten, die vielleicht auch die eine oder andere Publikation zum Thema »Sprache und Politik« finanzierten und seit Anfang der 1980er Jahre auch die Gerichte beschäftigten. Doch im Verlauf dieser Selbstthematisierung der Gesellschaft entstanden die Konturen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, welche die mit den Krisendebatten einhergehende Kritik wie die Kritik die Krisen aufdeckte und zur regulativen Instanz des öffentlichen Lebens machte – ein florierendes Geschäft, und das in den Medien und in der Politik nicht weniger als in den verschiedenen Zweigen der Wissenschaften.

23 Michael Rutschky, *Erfahrungshunger. Ein Essay über die siebziger Jahre* (Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1980).

Literatur

Anselm Doering-Manteuffel & Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970* (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2008).

Iring Fetscher & Horst Eberhart Richter (Hrsg.), *Worte machen keine Politik: Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1976).

Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), *Holzfeuer im hölzernen Ofen: Aufsätze zur politischen Sprachkritik* (Tübingen: Narr, 1982).

Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hrsg.), *Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter* (München & Freiburg im Breisgau: Herder, 1975).

Josef Klein, »Kann man ›Begriffe besetzen‹? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher«, in: *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*, hrsg. von Frank Liedtke u. a. (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1991), S. 44–79.

Josef Kopperschmidt, »So gar kein Volk des Wortes«? Vermutungen über das öffentliche Reden in Deutschland«, in: *Deutsche Sprachgeschichte nach 1945. Diskurs- und kulturgeschichtliche Perspektiven. Beiträge einer Tagung anlässlich der Emeritierung Georg Stötzel*, hrsg. von Martin Wengeler (Hildesheim: Olms, 2003), S. 301–315.

Anja Kruke, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990* (Düsseldorf: Droste, 2007).

Peter von Polenz, *Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart, Bd. 3: 19. und 20. Jahrhundert* (Berlin & New York: De Gruyter, 1999).

Hugo Steger, »Sprache im Wandel«, in: *Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden, Bd. 3: Kultur*, hrsg. von Wolfgang Benz (Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch, 1983), S. 15–46.

Martin Wengeler, »1968« als sprachgeschichtliche Zäsur«, in: *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, hrsg. von Georg Stötzel & Martin Wengeler (Berlin & New York: De Gruyter, 1995), S. 383–404.